WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 11

13.03.2017

QUELLE:

MÉDIANÉZŐ
A Nézőpont Csoport tagja

ZUSAMMENFASSUNG

- DIE REGIERUNG TRITT IM INTERESSE DER VERBRAUCHER AUF. Um die Qualität der Lebensmittel zu verbessern, will Ungarn im Rahmen eines internationalen Zusammenschlusses energischer auftreten und Garantien auf Gemeinschaftsebene erstreiten. Parallel hierzu möchte die Regierung die überwiegend in ausländischer Hand befindlichen Einzelhandelsketten mit hohen Umsätzen regulieren, um auf diese Weise die Chancen für Arbeitnehmer und Verbraucher zu verbessern.
- DIE WIRTSCHAFT IST GÜNSTIG IN DAS JAHR 2017 GESTARTET. 2017 rechnen sowohl die Regierung als auch die internationalen Ratingagenturen mit weiter verbesserten Wirtschaftsergebnissen; mittlerweile erkennt sogar der IWF die Erfolge der ungarischen Wirtschaft an. Die positiven Erwartungen werden durch die Makroindikatoren vom Januar untermauert.
- UNGARISCHER ERFOLG AUF DEM GIPFEL IN BRÜSSEL. Die Debatte um die Wahl des Präsidenten des Europäischen Rates beherrschte das zweitägige Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel. Als ein wichtiger ungarischer Erfolg darf angesehen werden, dass die übrigen Staats- und Regierungschefs keine Einwände gegen die neuen ungarischen Migrationsregeln vorbrachten. Es hat auf jeden Fall symbolischen Wert, dass die gemeinsame Stellungnahme über die Zukunft der EU auf Ende März verschoben wurde.
- DIE UNGARN SIND FÜR EINE WIEDERWAHL VON ÁDER. Knapp drei Viertel (73 Prozent) der ungarischen Wähler, die János Áder als Staatspräsident benennen konnten (56 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung), sind mit der Arbeit des Präsidenten der Republik zufrieden; aber selbst 78 Prozent der Jobbik-Sympathisanten, 65 Prozent der MSZP-Sympathisanten und 42 Prozent der DKSympathisanten, die seine Person zuordnen können, teilen diese Ansicht, geht aus einer

Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts im Zeitraum 3.-7. März 2017 hervor.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Regierung tritt im Interesse der Verbraucher auf

Um die Qualität der Lebensmittel zu verbessern, will Ungarn im Rahmen eines internationalen Zusammenschlusses energischer auftreten und Garantien auf Gemeinschaftsebene erstreiten. Parallel hierzu möchte die Regierung die überwiegend in ausländischer Hand befindlichen Einzelhandelsketten mit hohen Umsätzen regulieren, um auf diese Weise die Chancen für Arbeitnehmer und Verbraucher zu verbessern.

Die Aufsichtsbehörden für Lebensmittelsicherheit haben gleich in mehreren EU-Mitgliedstaaten Mittelosteuropas aufgedeckt, dass die internationalen Lebensmittelkonzerne hier Produkte von minderer Qualität als in Westeuropa veräußern. Dagegen wollen Ungarn und die Slowakei auftreten, deren Initiative sich Bulgarien, Tschechien, Griechenland, Kroatien, Rumänien und Slowenien anschließen. Mit anderen Worten erstarkt der Widerstand von Seiten dieser Mitgliedstaaten gegen die westeuropäischen Konzerne, ihre Bürger nicht als zweitrangig abzuspeisen, sondern überall auf dem Territorium der EU Waren gleichen Namens mit gleicher Qualität zu veräußern. Um dies zu erreichen, sichert das gemeinsame Auftreten mehrerer Länder gute Möglichkeiten.

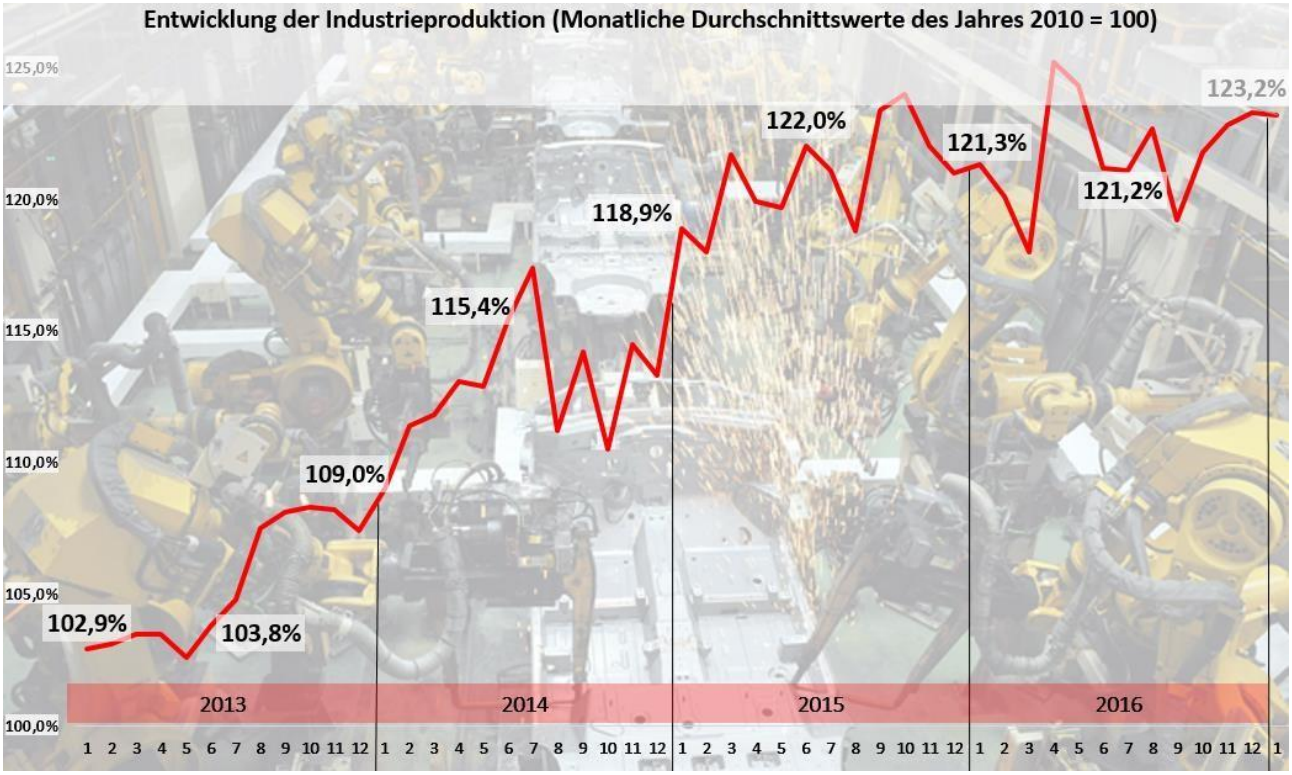
Die ungarische Regierung versuchte bereits wiederholt, gegen das Marktmonopol der Einzelhandelsketten in ausländischer Hand aufzutreten, das offensichtlich die Verbraucher in eine abhängige Lage brachte. Diese Initiativen wurden jedoch durch die EU-Rechtsnormen verhindert. Ausgehend von der aktuell aufgeworfenen Problemlage durchdenkt sich die Regierung neuerlich ihre Aussichten und wird sehr wahrscheinlich Konsultationen mit den Betroffenen anregen.

Die Wirtschaft ist günstig in das Jahr 2017 gestartet

2017 rechnen sowohl die Regierung als auch die internationalen Ratingagenturen mit weiter verbesserten Wirtschaftsergebnissen; mittlerweile erkennt sogar der IWF die Erfolge der ungarischen Wirtschaft an. Die positiven Erwartungen werden durch die Makroindikatoren vom Januar untermauert.

Wie es erwartet wurde, entwickeln sich die wirtschaftlichen Indikatoren in diesem Jahr bislang positiv. Die Industrieproduktion legte im Januar gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent, der Außenhandelsüberschuss um 6,7 Prozent zu. Die Inflation stieg im Februar auf 2,9 Prozent und wird

damit dem Inflationsziel der ungarischen Notenbank von 3 Prozent gerecht. Nach dem Januar erwirtschaftete der Staatshaushalt auch im Februar wieder einen Überschuss, so dass im Budget ähnlich wie schon im vergangenen Jahr auch 2017 wieder die Erwartungen übertroffen werden. Im Lichte dieser Zahlen ist es nicht auszuschließen, dass die Regierung im Jahresverlauf weitere Steuersenkungen verkünden wird.



AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Ungarischer Erfolg auf dem Gipfel in Brüssel

Die Debatte um die Wahl des Präsidenten des Europäischen Rates beherrschte das zweitägige Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel. Als ein wichtiger ungarischer Erfolg darf angesehen werden, dass die übrigen Staats- und Regierungschefs keine Einwände gegen die neuen ungarischen Migrationsregeln vorbrachten. Es hat auf jeden Fall symbolischen Wert, dass die gemeinsame Stellungnahme über die Zukunft der EU auf Ende März verschoben wurde.

Es liegt auch weiterhin im Interesse Ungarns, eine die aktuellpolitischen Debatten überdauernde europäische Einheit zu bewahren. Damit ist zu erklären, dass Ungarn für die Wiederwahl des

gemeinsamen Kandidaten der Europäischen Volkspartei, Donald Tusk, an die Spitze des Europäischen Rates stimmte. Die Wahl von Tusk an Stelle des von vornherein aussichtslosen Kandidaten der polnischen Regierungspartei sprengt nicht die Einheit der Visegrád-Staaten; sie bedeutet nichts weiter als eine Geste in Sachen Bewahrung der Funktionsfähigkeit der Europäischen Union. Nachdem Polen die Abschlusserklärung mit den inhaltlichen Beschlüssen des Gipfels nicht unterzeichnete, blieb dieses Treffen ohne wirkliche Resultate. Der Widerstand der Polen führte dazu, dass weder die Klärung der Lage nach dem Brexit noch die Konzeption des durch die großen Mitgliedstaaten angestrengten „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ auf die Tagesordnung gelangen konnte. Der Gipfel bestärkte somit vorübergehend den europäischen Status Quo, Fortschritte wurden nicht verzeichnet.

Was letztere Konzeption anbelangt, ist der Standpunkt der ungarischen Regierung und der VisegrádStaaten eindeutig: Jede Bestrebung, welche die Europäische Union längs aktuellpolitischer Kräfteverhältnisse in Gruppen mit Interessengegensätzen spalten würde, sei unakzeptabel, weil sich die Spaltung der Gemeinschaft dadurch zum Dauerzustand entwickeln könnte. Die Regierung lehnt in ähnlicher Weise ab, die Migrations- und Steuerpolitik im Tausch für die Beibehaltung der EUFördermittel auf Gemeinschaftsebene anzuheben. Ein solcher Schritt würde schwere Einschnitte in die nationale Souveränität bzw. ernstzunehmende wirtschaftliche Risiken nach sich ziehen, ohne die operativen Probleme der Gemeinschaft einer Lösung zuzuführen. Dass die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten keinen Einwand gegen die neuen ungarischen Rechtsnormen in der Migrationspolitik erhoben, darf derweil aus ungarischem Gesichtspunkt als eindeutiger Erfolg verbucht werden.

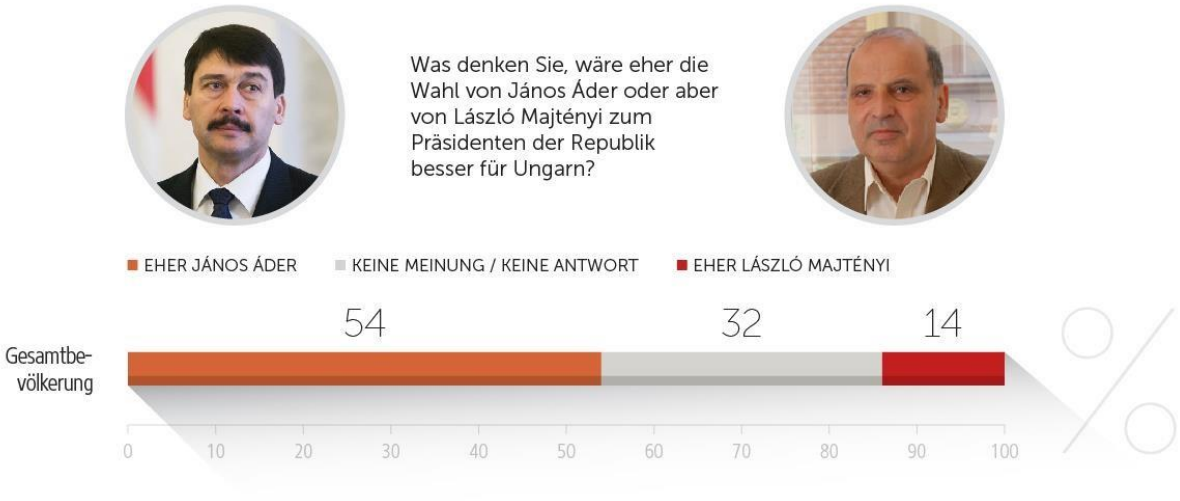
UNGARISCHE INNENPOLITIK

Die Ungarn sind für eine Wiederwahl von Áder

Knapp drei Viertel (73 Prozent) der ungarischen Wähler, die János Áder als Staatspräsident benennen konnten (56 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung), sind mit der Arbeit des Präsidenten der Republik zufrieden; aber selbst 78 Prozent der Jobbik-Sympathisanten, 65 Prozent der MSZPSympathisanten und 42 Prozent der DK-Sympathisanten, die seine Person zuordnen können,

teilen diese Ansicht, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts im Zeitraum 3.-7. März 2017 hervor.

Die Umfragedaten zeigen, dass jenes klassische Rollenverständnis als Staatspräsident, welches János Áder repräsentiert, der ungarischen Bevölkerung eindeutig sympathisch ist: In den letzten fünf Jahren wurde er zu einem über der Parteipolitik stehenden politischen Akteur, was eine der wichtigsten Erwartungen an den jeweils amtierenden Präsidenten der Republik ist. Die Erhebung zeigt zugleich, dass Fidesz-KDNP eine gute Wahl mit der Kandidatur von János Áder getroffen haben: 54 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung sind der Ansicht, dass die Wiederwahl des amtierenden Staatspräsidenten aus dem Blickwinkel Ungarns von Vorteil ist. Im Gegensatz dazu glauben das in Bezug auf den Gegenkandidaten László Majtényi weniger Menschen, als das linke Lager Sympathisanten zählt, nämlich gerade einmal 14 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung.



Somit haben die Parteien des linksliberalen Lagers vergeblich einen Konsens in der Person von László Majtényi erzielen können, wenn eine relative Mehrheit der Sympathisanten der Linken ebenfalls János Áder als den besser geeigneten Kandidaten ansieht. Einzig im Kreis der Sympathisanten der DK gelangten jene in eine relative Mehrheit (von 46 Prozent), deren Ansicht nach die Wahl von László Majtényi zum Staatspräsidenten vorteilhafter für das Land wäre. Daran ist klar abzulesen, dass László Majtényi nicht nur nicht zu einem überparteilichen Kandidaten avancieren konnte, welcher die Nation vereint, sondern nicht einmal die Sympathisanten der seine Kandidatur forcierenden politischen Kräfte hinter sich weiß.

Seit seiner Amtseinführung am 10. Mai 2012 nahm János Áder seine Rolle als Staatspräsident im klassischen Sinne wahr. Der nun zur Wiederwahl antretende Staatspräsident verfolgte während seiner ersten Amtszeit keine konkreten Programmpunkte, sondern eine sogenannte Mission als Präsident, die es ihm erlaubte, sowohl in der Dimension der Innen- als auch der Außenpolitik als eigenständiger Politiker mit Charakter aufzutreten. Die wichtigsten Elemente seiner Mission als Staatspräsident waren die Anerkennung von Leistung und der Umweltschutz. Das Engagement für die Sache des Umweltschutzes nahm nach László Sólyom auch während der Präsidentschaft von János Áder einen wichtigen Platz ein, zumal die Frage ökologischer Probleme über den traditionellen parteipolitischen Gesichtspunkten steht, so dass ihre Repräsentanz sehr gut zur klassischen Rolle von Staatspräsidenten passt.

Erstrangige Aufgabe eines jeden Staatspräsidenten ist es, die Rechtsstaatlichkeit zu bewahren, weshalb er allen noch so heftigen Bestrebungen der Parteien zum Trotz nie dem Druck der aktuellen

Tagespolitik nachgab. Dementsprechend ging János Áder bei der Überprüfung von Gesetzen ständig der Frage auf den Grund, ob die Vorlagen den Anforderungen an die Verfassungsmäßigkeit gerecht werden – wenn es sein musste, setzte er seine Machtinstrumente auch gegen die Parlamentsmehrheit der Regierungsparteien ein. Dabei griff er relativ häufig zum Instrument des Vetos als Staatspräsident: Während seiner Amtszeit schickte er in insgesamt 28 Fällen Gesetze an das Parlament zurück und ließ in fünf Fällen Gesetzvorlagen durch das Verfassungsgericht prüfen.

	An das Parlament zurückgegebene Gesetze	Gesetze zur Prüfung durch das Verfassungsgericht
Árpád Göncz | 03.08.1990 – 02.08.1995	0	7
Árpád Göncz | 03.08.1995 – 03.08.2000	2	1
Ferenc Mádl | 04.08.2000 – 04.08.2005	6	13
László Sólyom | 05.08.2005 – 05.08.2010	31	17
Pál Schmitt | 06.08.2010 – 02.04.2012	0	0
János Áder | 10.05.2012 –	28	5

Die Anzahl der durch die einzelnen Staatspräsidenten eingesetzten Vetos auf dem Weg des Parlaments bzw. des Verfassungsgerichts

PROGNOSE

- Am 14. März verhandelt Bundeskanzlerin Angela Merkel in Washington mit US-Präsident Donald Trump. Seit dem Amtsantritt von Donald Trump sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen auf Regierungsebene gemessen an der Amtszeit von Barack Obama als kühl zu bezeichnen.
- Am 14. März setzt der Wirtschaftsausschuss des Parlaments seine Anhörungen in Verbindung mit dem EU-Bericht fort, der dubiose Sachverhalte bei der Verwirklichung des Projektes der Budapester U-Bahnlinie M4 aufdeckte. Auf der Anhörung wird voraussichtlich auch der frühere sozialistische Ministerpräsident Péter Medgyessy erscheinen.
- Am 14. März hält die MSZP in Miskolc eine Sitzung ihres Wahlausschusses ab. Auf dieser Sitzung wird ihr Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, László Botka, über seine bisher erzielten Ergebnisse informieren und Details zu seinem Wahlprogramm verraten.
- Die Programme aus Anlass des Nationalfeiertages am 15. März beginnen traditionell morgens um 9 Uhr auf dem Kossuth tér vor dem Parlament. Vor dem Nationalmuseum beginnt das Programm um halb elf mit einer Grußansprache von Oberbürgermeister István Tarlós, bevor Ministerpräsident Viktor Orbán seine Festrede halten wird.
- Am 16. März tritt ein neuer Erlass von Präsident Donald Trump in Kraft, mit dem er in Bezug auf sechs Länder ein vorübergehendes Einreiseverbot verhängt.
- Am 17. März müssen die Kandidaten zur Wahl des französischen Staatspräsidenten die für ihre Wahlberechtigung benötigten 500 Unterschriften von Unterstützern dem Verfassungsrat vorlegen.
- Am 19. März tritt der neue deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sein Amt an.